



Suchergebnisse: Wachen

11. November 1178 – Herzog Heinrich erhebt Klage gegen Fürstbischof Philipp von Köln

Speyer * Herzog Heinrich XII. der Löwe erhebt auf dem Hoftag zu Speyer Klage gegen den Fürstbischof Philipp von Köln und andere Fürsten, weil diese ihm Unrecht zugefügt haben. Der ebenfalls anwesende Kölner Bischof hat zwar mit seiner Gegenklage einen schwachen Stand, doch Kaiser Friedrich Barbarossa greift nicht Herzog Heinrichs, sondern die Klage seiner Gegner auf und setzt zur Behandlung dieser Angelegenheit einen Hoftag in Worms an.

4. Oktober 1226 – Es kommt zu langanhaltenden Flügelkämpfen bei den Franziskanern

Rom-Lateran * Unmittelbar nach dem Tod des Ordensgründers Franz von Assisi kommt es zu langanhaltenden Flügelkämpfen zwischen den gemäßigten Konventualen, die die Armutsregeln abschwächen wollen und den Spiritualen, die sich als die „wahren Nachfolger“ Franziskus' sehen und auf die strikte Einhaltung des Armutsgeübdes beharren.

1. Mai 1316 – Ludwig der Baier erlässt für die Siechen am Gasteig eine Hausordnung

Haidhausen * König Ludwig der Baier erlässt für die Siechen am Gasteig eine Hausordnung. Die Ordnung enthält unter anderem eine Vorschrift, wonach „aus der ganzen Versammlung der siechen Menschen“ ein Hausmeister und eine Hausmeisterin benennen sind, die auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten haben. Die Spital-Insassen müssen ihnen Gehorsam leisten. Übertretungen einzelner Bestimmungen haben zum Teil sehr empfindliche Strafen für die Kranken zur Folge. Disziplinierungsmittel sind vorgesehen. Sie reichen von Geldstrafen bis zu Fasten bei Wasser und Brot, dem Essen auf dem Stubenboden, der Verrichtung von vorgeschriebenen Gebeten - kniend auf dem Stubenboden - in Anwesenheit der anderen Spitalinsassen. Selbst Strafen in der Kche, dem Kerker, bei Wasser und Brot, sind unter bestimmten Umständen möglich. Mit vier Stunden nehmen die religiösen Übungen und Gebete den größten Teil des Tages ein. Die Arbeitszeiten zugunsten des Leprosenheims werden auf dreieinhalb Stunden pro Tag begrenzt. Commissionäre überwachen die Arbeit im Siechen-Spital. Mittelalterliche Spendentätigkeit hat sehr viel mit dem Seelenheil des Geldgebers zu tun. Je größer



deren Spendierfreudigkeit ausfällt, desto länger sind die Gebete der Almosenempfänger und desto schneller kommen die Reichen dem „Paradies“ ein Stückchen näher. Das Leprosenhaus ist vornehmlich für Münchner Bürger und die in der Stadt Dienenden bestimmt. Nur sie erhalten hier unentgeltliche Aufnahme und Verpflegung. Für die „Auswärtigen Siechen“ müssen die zuständigen Landgerichte die anfallenden Kosten übernehmen.

27. Mai 1328 – Kaiser Ludwig der Baier und Papst Nikolaus V. krönen sich gegenseitig

Rom * Kaiser Ludwig der Baier und Papst Nikolaus V. krönen sich gegenseitig. Größere Bedeutung erlangt Nikolaus V. nie. Nach Ludwigs Kaiserkrönung und seiner Abreise aus Rom findet er nicht einmal mehr genug Anhänger in Italien. Sein eigentliches Ziel, den Papst in Avignon zu schwächen, ist gescheitert.

1385 – Städtische Amtsleute überwachen den Weinmarkt

München-Graggenau * Städtische Amtsleute überwachen den Weinmarkt. Schon sehr früh entdeckt man den Wein als sprudelnde Einnahmequelle. Eine Verbrauchssteuer, das Ungelt, in Höhe von 4 Mass vom Eimer (circa 60 Mass) wird vom Herzog erhoben. Das Bier bleibt zunächst vom Ungelt befreit.

19. August 1498 – Randalierende Handwerksgesellen stürmen das Frauenhaus

München-Angerviertel * Randalierende Handwerksgesellen stürmen das Frauenhaus (Stadtbordell) und wollen dem Frauenmeister ans Leben, weil sie ihn für die Einschleppung der Syphilis verantwortlich machen. 35 bewaffnete Soldaten müssen daraufhin 46 Tage und Nächte das Frauenhaus bewachen.

13. August 1713 – Obergiesing und die Lohe kommen zum Gericht ob der Au

Obergiesing * Obergiesing und die Lohe werden dem Gericht ob der Au negst München zugeschlagen. Das geschieht auch, um die dort „eindringenden Fremden und Bettelleut“ besser überwachen zu können.



22. Dezember 1737 – Machtkämpfe um den Neubau der Michaelskirche

Berg am Laim * Das Konsilium der Erzbruderschaft beauftragt Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl schließlich doch mit dem Abschluss eines Bauvertrags mit Johann Michael Fischer. Gleichzeitig lässt der Freisinger Fürstbischof Johann Theodor, Bruder des Bauherrn Clemens August, die Planungen in Berg am Laim heimlich überwachen. Mit dieser Aufgabe betraut er den Dekan der Münchner Peterskirche, Dr. Anton Cajetan von Unertl.

1785 – Ignaz Mayer heiratet Chaila Seligmann

München * Ignaz Mayer heiratet Chaila oder Caroline Seligmann. Ihr Vater ist der im Jahr 1814 erste in den Adelsstand erhobene Jude in Baiern, der dann Leonhard Freiherr von Eichthal heißt. Ursprünglich hieß er Aron Elias Seligmann, war der Tabak- und Salzhändler, zugleich der bedeutendste Hof- und Heereslieferant und außerdem Hauptgläubiger der immer finanzschwachen Kurpfalz. In den Napoleonischen Kriegen avanciert er zum einzigen Heereslieferanten der bayerischen Truppen, der die enormen Kosten für das Militär mit eigenen Anleihen finanziert und dafür ansehnliche Provisionen erhält.

10. August 1800 – Weitere Flugschriften werden bairnweit verteilt

München * Eine Flugschrift mit dem Titel „Wahrer Überblick der Geschichte der bayerischen Nation, oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend“ wirft Kurfürst Max IV. Joseph vor, „durch seinen Menschenverkauf, durch seine Verschwendung, durch die immerwährende Aushebung und gänzliche Entvölkerung des Landes, durch die volle Verwirrung, die er stiftete, alle Achtung, alles Zutrauen verloren“ zu haben. Gleichzeitig formuliert die Schrift ein in die Zukunft gerichtetes politisches Programm einer Republik in Süddeutschland: „Baiern, vereint mit Schwaben, wird das österreichische Joch abschütteln [...] und [...] vereinigt mit einem Teile Frankens [...] sich eine auf Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung geben“. Zur Umsetzung dieses Zieles erhofft sich die „Flugschrift“ die Unterstützung der „Republik Frankreich“. Diese Flugschriften finden nicht nur in der Stadt ihre Leser. Da sie auf der Schranne meist heimlich in die Säcke gesteckt wird, verbreitet sich der revolutionäre Inhalt auch auf dem Land. Durch die bloße Anwesenheit der Franzosen wagen sich die Zensurbehörden nicht, entschlossen gegen die Flugschriften vorzugehen.



9. Februar 1801 – Die von Franzosen besetzten Gebiete müssen geräumt werden

Lunéville * Der Friedensvertrag von Lunéville legt auch fest, dass die Franzosen die von ihnen besetzten rechtsrheinischen Gebiete räumen. Dennoch lassen sich die französischen Soldaten mit ihrem Abzug aus München ausreichend Zeit. In ihrem Siegestaumel kommt es zu einer Vielzahl von Ausschreitungen. Mit ihren Räubereien, Erpressungen und sogar etlichen Mordtaten betrachten sie die Münchner bald als Plage. Auch, als sie als Wachen an den Stadttoren auf die Idee kommen, von jedem Passanten 24 Kreuzer Zoll zu verlangen. Erst nach wiederholten Protesten der Betroffenen verbietet der Platzkommandant diese Eigenmächtigkeit. Die aus dem Osten abrückenden französischen Militäreinheiten belasten die Münchner mit zusätzlichen Quartierlasten.

18. März 1813 – Schnurr- und Knebelbärte müssen entfernt werden

München * In einer von Minister Montgelas veranlassten Anweisung heißt es: „Es ist Anzeige gemacht worden, daß mehrere Eleven der Akademie der bildenden Künste sich durch Schnurr- und Knebelbärte auszuzeichnen suchen. Die Akademie erhält den Auftrag, sie zur Ablegung derselben sofort anzuweisen und überhaupt über ein ruhiges und sittliches Betragen sorgfältig zu wachen.“ Besonders beunruhigend sind für die Regierung eine „auffallende Haartracht oder Abzeichen auf Mützen und Hüten“, die auf geheime Verbindungen hindeuten könnten.

3. Mai 1813 – Die „Alte Isarkaserne“ erhält ihren Namen

München-Isarvorstadt * Den Namen „Alte Isarkaserne“ erhält die Truppenunterkunft, als am Standort des heutigen Deutschen Marken- und Patentamts an der Zweibrückenstraße die „Neue Isarkaserne“ bezogen wird. Das bedeutet jedoch nicht, dass der ältere Kasernenbau fortan ungenutzt bleibt - auch wenn er zeitweise leer steht oder nur von einigen Stallwachen und Pferden belegt ist. Aufgrund der wiederholter Aufnahme und Verlegung wechselnder Truppenteile muss die Anlage mehrfach umgebaut werden.

2. August 1865 – Münchens erste öffentliche Toilette wird eröffnet

München * Münchens erste öffentliche Toilette wird von der ersten städtisch bestellten Abortwärterin eröffnet. Zu ihren Aufgaben gehört es: „streng die angeordnete Scheidung der



Geschlechter bei Benutzung der Abtritte zu überwachen und allen den Abtritt benützenden Personen mit Höflichkeit entgegenzukommen“.

8. März 1887 – Kostümierungserlaubnisse sollen auf Singspielhallen begrenzt werden

München * Das Bayerische Innenministerium stellt einen Antrag an Prinzregent Luitpold, Kostümierungserlaubnisse alleine auf Singspielhallen zu beschränken, da diese leichter zu überwachen sind, als andere Etablissements.

1890 – Sechs Filialwachen der Berufsfeuerwehr werden eingerichtet

München * Die Einrichtung von sechs Filialwachen der Berufsfeuerwehr wird vom Magistrat beschlossen.

2. Juli 1918 – Ludendorff fordert den Rücktritt des Staatssekretärs Kühlmann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Erich Ludendorff fordert Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling auf, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu entlassen, anderenfalls werde er selbst zurücktreten. Unterstützung durch den schwachen Reichskanzler Hertling wird Kühlmann nicht erfahren.

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA



positiver gestalten würden.

7. November 1918 – Die Räte sollen den Ablauf des Umsturzes organisieren

München-Ludwigsvorstadt * Der Mathäserbräu wird aufgrund seiner zentralen Lage zwischen Hauptbahnhof, Wittelsbacher Palais, Landtagsgebäude, Außenministerium, Residenz und Polizeipräsidium als Hauptquartier der Revolutionsbewegung ausgewählt. Die Funktion der spontan entstandenen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte besteht zunächst darin, den Ablauf des Umsturzes zu organisieren und seinen Erfolg sicherzustellen. Die Räte fungieren als Organe der Revolution. Sie leiten umgehend Maßnahmen ein: Bewaffnete Soldaten patrouillieren auf Lastkraftwagen die Nacht hindurch und sollen - wenn nötig - die Ordnung aufrecht erhalten. Vor den wichtigen öffentlichen Gebäuden werden Wachen aufgestellt. Die Verkehrs- und Nachrichtenzentren werden übernommen. Die wichtigen Zeitungsredaktionen und Verlagshäuser werden besetzt, um Bekanntmachungen zu drucken und die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen.

8. November 1918 – Ein MSPD-Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens

München * Die Münchener Post spricht in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens die MSPD von der Schuld am Umsturz frei, bittet und wirbt aber gleichzeitig um „treue Mitarbeit“, vor allem damit die Ernährung der Schwachen gesichert und so gezeigt wird, „dass die herauf kommende neue Zeit die wahre Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit bedeutet. An die Arbeit, Genossen! An den Aufbau!“

9. November 1918 – Die Residenz wird vor möglichen Plünderungen geschützt

München-Graggenau * Der neue Ministerrat unter Kurt Eisner lässt die Residenz vor möglichen Plünderungen durch Wachen sichern.

15. November 1918 – Der Ministerrat lehnt die Überwachung der Minister durch Räte ab

München-Kreuzviertel * Der Ministerrat lehnt die „einzelnen Versuche von Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates, die laufende Tätigkeit der Minister zu überwachen, [...] als unzulässig und undurchführbar“ ab. Er begründet dies mit dem Argument, dass es „unmöglich“



sei, „einen Gendarm neben sich zu haben“. Dagegen wird eine „fortlaufende Informierung der Räte über wichtige Angelegenheiten“ durchaus als zweckmäßig und anstrebenswert erachtet.

19. Dezember 1918 – Der Zentralrat ohne Beteiligung der USPD

Berlin * Am Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wird über den noch zu wählenden Zentralrat debattiert. Dem Rat der Volksbeauftragten wird die gesetzgeberische und die vollziehende Gewalt übertragen. Der Zentralrat soll das Recht zur Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Deutschen Reiches und der Volksbeauftragten Preußens erhalten. Er muss bei der Berufung von Fachministern und Beigeordneten „gehört“ werden und soll das Kabinett „parlamentarisch überwachen“. Der Kongress beschließt gegen die Stimmen der USPD die Vorlage. Die Unabhängigen erklären daraufhin, sich nicht am Zentralrat zu beteiligen.

31. März 1919 – Über das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt

Weimar - Ruhrgebiet * Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über das vom Streik betroffene Gebiet. Kündigt den Einmarsch von Truppen an und schickt den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftssekretär Carl Severing als Staatskommissar ins Industriegebiet. In der Folge werden zahlreiche Streikführer verhaftet, um die Arbeitskämpfe zu unterlaufen und zu schwächen.

9. April 1919 – Die Kapitalflucht soll unterbunden werden

München * Ernst Tollers erste Verordnung betrifft den Bankensektor. Ein Anschlag des Revolutionären Zentralrats gibt bekannt, dass „Der revolutionäre Bankrat für Bayern“ in München Vertrauensleute bestimmt hat, die „die Auszahlung von Geldern bei den Banken zu überwachen haben, um zu verhindern, dass landesverräterische Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verbringen“. Damit soll die Kapitalflucht verhindert werden. Es dürfen nur noch Beträge bis zu 100 Mark täglich oder 700 Mark wöchentlich abgehoben werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind ausstehende Rechnungen, Kreditrückzahlungen und Zinstilgungen sowie Lohnzahlungen und Zahlungen im Geschäftsverkehr von Firmen. Die zuletzt genannten müssen vom Betriebsrat gegengezeichnet werden.



12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern.

14. Februar 1938 – Hitlers Vorstellungen zum „Haus der Deutschen Architektur“

München-Lehel * Adolf Hitler entwickelt im Atelier des Münchner Stadtbaurates Hermann Reinhard Alker die Vorstellungen zum „Haus der Deutschen Architektur“. Dieses Ausstellungsgebäude sollte genau gegenüber dem „Haus der Deutschen Kunst“ entstehen, aber keineswegs „ähnlich concipiert“, wenn auch gleichartig in Stein und Farbe und mit 21 Säulen. Nach einer vorliegenden Projektskizze hätte der Baukunsttempel noch einige Meter breiter werden sollen als der Synchronbau auf der anderen Straßenseite. Auf zwei hohen Sockeln sollten Sphinxen wachen wie vor den Pyramiden von Gizeh.

26. Juli 1986 – Das „deutsche Woodstock“ wird zum Höhepunkt des Widerstands

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 26. und 27. Juli das fünfte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Mehr als 100.000 Menschen reisen nach Burglengenfeld und machen die Veranstaltung zum bis dahin größten Rockkonzert der Bundesrepublik. Das später als „deutsches Woodstock“ bezeichnete Festival bildet zugleich den kulturellen Höhepunkt des Widerstands gegen die WAA. Auf der Bühne stehen unter anderem BAP, Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen, Rio Reiser, Haindling, die Biermösl Blosn, Wolf Maahn, Wolfgang Ambros, Purple Schulz, Anne Haigis, Marian Gold, Kevin Coyne, Herwig Mitteregger, Fritz Brause, die Rodgau Monotones, Die Firma, das Frankfurter Kurorchestra, Chris McGregor und Théâtre du Pain. Viele Künstler verzichten ganz oder weitgehend auf ihre Gagen und bekunden öffentlich ihre Solidarität mit den WAA-Gegnern. Rund 7.000 Polizisten begleiten und überwachen die Veranstaltung. Entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen bleibt das Festival vollständig friedlich. Die Bilder der riesigen, gewaltfrei protestierenden Menschenmenge



finden bundesweit Beachtung und verändern die öffentliche Wahrnehmung des WAA-Widerstands.

18. September 1999 – Die Familie Kuffler kauft das Nymphenburg-Sekt-Zelt Zum Weinwirt

München-Theresienwiese * Die Familie Kuffler kauft das „Nymphenburg-Sekt-Zelt ‚Zum Weinwirt‘“, weil die Sektkellerei Nymphenburg von Schloss Wachenheim übernommen wird. Ab da heißt das Festzelt kurz und knapp „Kufflers Weinzelt“.

31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen

Bundesrepublik Deutschland * Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmuddel-Image ablegen und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben herhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.
